

XXII. GP.-NR

165/J

ANFRAGE

2003 -03- 06

der Abgeordneten Mag. Maier, Gradwohl, Riepl

und GenossInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend „Steuerschulden von Unternehmern in Österreich für 2002“

Im Bereich der Finanzverwaltung gibt es bereits seit dem Jahr 1999 infolge eines Aufnahmestopps massive Personaleinsparungen. Seither wurden ohne Verringerung des Arbeitsvolumens bereits über 13 % des Personals vor allem durch Pensionierungen (zuletzt durch das Bundesbediensteten-Sozialplangesetz) abgebaut. Dieser schleichende Personalabbau stellte eine Zeitbombe zu Lasten des österreichischen Steueraufkommens dar, dies zeigt u.a. der Bericht „Betrugsbekämpfung 2001“.

Der Rechnungshof zeigte sich bereits im Jahr 1999 anlässlich einer durchgeföhrten Prüfung der 300 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs über die Entwicklung der Körperschaftssteuer besorgt. Des weiteren beanstandete der Rechnungshof, dass seit 1996 in rund 800 Fällen bei Größtbetrieben keine Anschlussprüfungen vorgenommen wurden und in Einzelfällen seit 1984 Zeiträume ungeprüft blieben.

Das BMF verteidigte dies in erster Linie mit Personalengpässen. Es wurde somit an falscher Stelle Personal eingespart, nämlich bei den Betriebsprüfern, also bei öffentlich Bediensteten, die der Republik die notwendigen Einnahmen bringen. **Es stellt sich damit auch die grundsätzliche Frage, ob damit dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung überhaupt noch entsprochen wird.**

Durch den linearen Personalabbau in den Bundesministerien wurden einerseits Milliardensummen für das Budget verloren, andererseits kam es auch zu zusätzlichen Kosten. Die Formel der Blau-Schwarzen Regierung lautete aber: „Je weniger Beamte, desto besser.“ Dieser Aufnahmestopp wirkte sich somit letztendlich drastisch auf die Budgeteinnahmen aus (minus 5,4 % an Prüfungsorganen gegenüber 2000). Mehr (Aussendienst) Prüfer bzw. Betriebsprüfer bedeuten somit höhere Budgeteinnahmen.

Jeder einzelne Prüfer bringt dem Budget einen jährlichen Reingewinn von € 631.000.--. Zu diesem Ergebnis kam der Bericht der österreichischen Finanzverwaltung „Betrugsbekämpfung 2001“.

Die Gesamtheit der Finanzprüfer erzielte zwar bei einem Minus von 5,4 % an Prüfungsorganen gegenüber dem Jahr 2000 ein Mehrergebnis von 1,6 Mrd. €. Dies bedeutet einen Pro-Kopf-Ergebnis von € 684.000,-- je vollbeschäftigte Prüfer. Wäre der Personalstand aufgefüllt worden (133 Bedienstete weniger durch Aufnahmestopp) wäre das Gesamtergebnis nach Abzug der Personalmehrkosten von 7,7 Mio. € (für 133 Beamte) um 84 Mio. € höher. **Das heisst, dass ein zusätzlicher Finanzprüfer abzüglich seiner Personalkosten dem Staat jährlich 631.000,-- € an Einnahmen bringt.**

Wenn man bedenkt, dass die Ausbildung eines Prüfers bis zu vier Jahre dauert, und die Fehlmenge an Prüfern bis 2005 – ohne Berücksichtigung von Personalabbaumassnahmen – auf 250 ansteigen wird, ist die kurzsichtige Vorgangsweise des Aufnahmestopps klar erkennbar: **Dieser wirkt sich letztendlich drastisch auf die Budgeteinnahmen aus.**

Auch der grenzüberschreitende Steuerbetrug nimmt in Europa zu (Scheinfirmen, USt- Betrug etc.). Der Schaden für die europäischen Volkswirtschaften liegt in Milliardenhöhe. **Die Europäische Union sagte daher vor kurzem Steuersündern grenzüberschreitend den Kampf an.**

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Welcher Rückstand ergibt sich für die Umsatzsteuereinnahmen im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf Finanzlandesdirektionen bzw. Bundesländer, nach offenen Zahlungstermin, Hemmung und Rückstandsausweis)?
2. Wie hoch waren die Gesamteinnahmen an Umsatzsteuer im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf FLD bzw. Bundesländer)?
3. Welche Unterschiedssumme ergibt sich zur Einnahmensschätzung für das Jahr 2002?
4. Welcher Rückstand ergibt sich für die Einkommensteuereinnahmen im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf Finanzlandesdirektionen bzw. Bundesländer, nach offenen Zahlungstermin, Hemmung und Rückstandsausweis)?

5. Wie hoch waren die Gesamteinnahmen an Einkommensteuer im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüssung auf FLD bzw. Bundesländer)?
6. Welche Unterschiedssumme ergibt sich zur Einnahmensschätzung für das Jahr 2002?
7. Welcher Rückstand ergibt sich für die Körperschaftsteuereinnahmen im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf Finanzlandesdirektionen bzw. Bundesländer, nach offenen Zahlungstermin, Hemmung und Rückstandsausweis)?
8. Wie hoch waren die Gesamteinnahmen an Körperschaftsteuer im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüssung auf FLD bzw. Bundesländer)?
9. Welche Unterschiedssumme ergibt sich zur Einnahmensschätzung für das Jahr 2002?
10. Welcher Rückstand ergibt sich für die Lohnsteuer im Jahr 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf Finanzlandesdirektionen bzw. Bundesländer, nach offenen Zahlungstermin, Hemmung und Rückstandsausweis)?
11. Wie hoch waren die Gesamteinnahmen an Lohnsteuer in den Jahren 2000, 2001, 2002 (ersuche um Aufschlüsselung auf FLD bzw. Bundesländer)?
12. Welche Unterschiedssumme ergibt sich zur Einnahmensschätzung für das Jahr 2002?
13. In welchen zeitlichen Abständen wurden 2002 Betriebsprüfungen durchgeführt (Aufschlüsselung auf Grossbetriebsprüfungen, Mittelbetriebe und Kleinbetriebe)
14. Wie viele Betriebsprüfungen fanden 2000, 20001 und 2002 statt (Aufschlüsselung auf FLD bzw. Bundesländer sowie auf Grossbetriebsprüfungen, Mittelbetriebe und Kleinbetriebe)?
15. Welche Beträge gingen 2002 wegen Insolvenzen verloren (Aufschlüssung auf FLD und Bundesländer)
16. In welchen zeitlichen Abständen wurden 2002 Betriebsprüfungen durchgeführt (Aufschlüsselung auf Grossbetriebsprüfungen, Mittelbetriebe und Kleinbetriebe)

17. Wie viele Beamte bzw. MitarbeiterInnen wurden in den Jahren 2000-2002 eingespart (ersuche um Aufschlüssung auf Jahre und FLD)
18. Wie viele nahmen das Bundesbedienstete-Sozialplangesetz in Anspruch (Aufschlüssung auf FLD)
19. Wie viele Betriebsprüfer wurden in den Jahren 2000-2002 eingespart (ersuche um Aufschlüssung auf Jahre und FLD)
20. Wie viele Betriebsprüfer nahmen das Bundesbediensteten-Sozialplangesetz in Anspruch (Aufschlüssung auf FLD)
21. Wie viele Beamte bzw. MitarbeiterInnen der Finanzverwaltung sollen 2003, 2004, 2005 und 2006 eingespart werden (ersuche um Aufschlüssung auf Jahre und FLD)
22. Wie viele Betriebsprüfer der Finanzverwaltung sollen 2003, 2004, 2005 und 2006 eingespart werden (ersuche um Aufschlüssung auf Jahre und FLD)
23. Welche Ausfälle bzw. Rückstände an Umsatzsteuereinnahmen, Einkommenssteuereinnahmen, Körperschaftssteuereinnahmen und Lohnsteuereinnahmen waren auf die Tätigkeit von „Scheinfirmen“ im Baugewerbe (Baumafia) zurückzuführen ?
24. Wie viele Fälle sind ihnen bekannt worden?
25. Welche Massnahmen haben sie ergriffen?
26. Welche konkreten Massnahmen werden sie 2003 ergreifen?
27. Sehen sie einen legislativen Handlungsbedarf?
28. Wenn ja, welche Massnahmen werden sie vorschlagen?
29. Wenn nein, warum nicht?
30. Welche Stellung nehmen sie zum Bericht der österreichischen Finanzverwaltung „Betrugsbekämpfung 2001“ ein?

31. Teilen sie die Schlussfolgerungen?

32. Wenn nein, warum nicht?